

Finanzministerium | Postfach 7127 | 24171 Kiel

**Staatssekretär**

An den  
Vorsitzenden  
des Finanzausschusses  
des Schleswig-Holsteinischen Landtages  
Herrn Günter Neugebauer, MdL  
Landeshaus  
24105 Kiel

nachrichtlich:

Herrn  
Präsidenten  
des Landesrechnungshofes  
Schleswig-Holstein  
Dr. Aloys Altmann  
Hopfenstr. 30  
24103 Kiel

Kiel, 2. November 2006

**Ergänzende Fragen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zum Haushaltsentwurf  
2007/2008 (Umdruck 16/1307)**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

anliegend übersende ich Ihnen die Beantwortung der in o. g. Umdruck gestellten Fragen  
zur Kenntnis.

Mit freundlichen Grüßen

gez.  
Dr. Arne Wulff

### Zu a.) Doppelhaushalt 2007/2008

**Allg:**

**Frage:**

Im Umdruck 16/1214 (Antworten auf die Fragen dieser Fraktion) heißt es auf S. 5 „Zur Erreichung der Einsparziele des Personaleinsparkonzeptes werden Personalabgänge genutzt und in erheblichem Umfang auf die Wiederbesetzung frei werdender Stellen verzichtet“. In welchem Umfang ist bisher auf Wiederbesetzung frei gewordener Stellen verzichtet worden? Gibt es Zahlen seit dem Antritt der neuen Regierung? Und wie sieht das Saldo aus, wenn die neu geschaffenen Stellen dagegen gerechnet werden?

**Antwort:**

Siehe Anlage 1

**Frage:**

Im Umdruck 16/1246 (Antworten auf die Fragen der F.D.P.-Fraktion) ist auf S. 9 der Fragenkomplex 6.) unbeantwortet geblieben. Ist zumindest eine detaillierte Beantwortung der Frage 6 b und c) im Finanzausschuss vorgesehen und wird eine detaillierte Information des FA für die unter 6 a) angesprochene möglichen weiteren „Entlastungen“ der Kommunen im Rahmen der Nachschiebeliste sichergestellt?

**Antwort:**

Die Landesregierung hat am 4. Oktober 2006 entschieden, die Funktionalreform fortzusetzen und die in diesem Zusammenhang auf die Kreise und kreisfreien Städte zu übertragenden Aufgaben zu konkretisieren. Eine Kreisgebietsreform im Mai 2010 wird die für eine konsequente Funktionalreform erforderlichen Verwaltungsstrukturen schaffen. Die gesetzlichen Regelungen sollen vor Ostern 2009 vom Landtag in zweiter Lesung beschlossen werden. Zum jetzigen Zeitpunkt stehen Details der Aufgabenübertragung noch nicht fest.

An den Beschlüssen zum kommunalen Finanzausgleich hält die Landesregierung fest. Die Kommunen erhalten für die durch die Errichtung kommunaler Verwaltungsregionen zuvor vorgesehene Entlastungsmasse in Höhe von 20 Mio. Euro 2009 und 2010 eine alternative Kompensation. Ein entsprechender Vorschlag wird erarbeitet werden.

Im Rahmen des Verfahrens der Nachschiebeliste zum Haushaltsentwurf 2007/2008 ist vorgesehen, dem Finanzausschuss eine aktualisierte Übersicht über die Entlastungen und Abfederungsmaßnahmen zuzuleiten.

**Frage:**

Im Umdruck 16/1246 auf S. 20 teilt die Landesregierung mit, dass in dem angesprochenen Bereich keine Modellprojekte durchgeführt werden. In den mündlichen Beratungen des FA war für diese Fachbereiche aber von Pilotprojekten die Rede. Worin besteht der Unterschied? Und welche Pilotprojekte gibt es in den entsprechenden Bereichen?

**Antwort:**

Siehe Anlage 2

Die Landesregierung unterscheidet nicht nach einheitlichen Vorgaben zwischen Modellprojekten und Pilotprojekten. Bei der ursprünglich gestellten Frage war den betroffenen Ressorts nicht hinreichend klar, welche Modellprojekte gemeint waren, daher erfolgten keine

Angaben. In der anliegenden Übersicht werden nun alle Modellprojekte/Pilotprojekte aus den Bereichen benannt.

**Frage:**

Epl 03: Förderung der bildenden Kunst (S. 47/48)

Steht die Erhöhung in Zusammenhang mit der beabsichtigten Veränderung im Bereich „Kunst am Bau“?

**Antwort:**

Veränderungen „Kunst am Bau“, gemeint ist sicherlich “Kunst im öffentlichen Raum“: Die Erhöhung bei der Förderung der bildenden Kunst hat nichts mit dem Bereich Kunst im öffentlichen Raum zu tun.

Die Erlasse über KiöR sind nach wie vor gültig.

**Frage:**

Modernisierung der Verwaltung (04 01 TG 61 S. 26)

Der TG Modernisierung der Verwaltung werden keine Personalkosten zugeordnet? Wie verträgt sich das mit dem Anspruch moderner Verwaltung, über aufgabenbezogene Teilbudgets mehr Kostentransparenz herzustellen?

Ist der Bereich der Verwaltungsmodernisierung in der KLR erfasst? Oder wird dies nur als übergeordneter Kostenblock geführt?

**Antwort:**

Die TG 61 stellt nicht ein Teilbudget im Rahmen der outputorientierten Budgetierung dar, insofern werden hier keine Personalkosten zugeordnet. Es handelt sich bei diesem Ausgabenblock hauptsächlich um Hilfestellungen durch externen Sachverstand (Schulungen) und Beschaffungen im Rahmen der Modernisierung des Haushaltswesens. Die Anteile am Personalkostenbudget sind minimal und lassen sich nicht konkret berechnen. Die Kosten werden im Rahmen der KLR als Kosten der Abteilung 1 des Innenministeriums geführt, da in diesem Bereich federführend für den Geschäftsbereich des Innenministeriums die betroffenen Aufgaben (SAP-dMb, KLR-Koordination, usw.) wahrgenommen werden.

**Frage:**

Geschäftsbedarf der Polizei( 04 10 511 01)

Die Erweiterung der Rundfunkgebühren bei Internetanschlüssen führen zur Mehrausgaben in Höhe von 30 T€ per anno. Da nicht nur die Polizei über Internetzugänge verfügt: Warum wird nur in diesem Kapitel auf die Gebührenerhöhung abgestellt. Sind alle anderen Bereiche befreit?

**Antwort:**

Die Zahlung von Rundfunkgebühren für Geräte mit Internetanschluss betrifft alle Behörden. Die Zahlungen erfolgen aus bestehenden Ansätzen. Die Finanzierung erfolgt ggf. im Rahmen der gegebenen Deckungsfähigkeiten.

**Frage:**

Polzeiorchester ( 04 10 TG 62)

Wie viele der 26 Planstellen sind mit Beamtinnen und Beamten besetzt, die eine Polizeiausbildung abgeschlossen haben?

**Antwort:**

Sieben Musiker des Polzeiorchesters befinden sich im beamtenrechtlichen Status eines Polizeivollzugsbeamten.

**Frage:**

Feldes und Förderabgabe (S. 10)

Ist es richtig, dass von den 140 Mio. Euro Einnahmen nur ca. 14 Mio. Euro in Schleswig-Holstein verbleiben?

Wie hoch wären die Einnahmen, hätte sich die Landesregierung nicht zu einer Erhöhung der Abgabe von 12,5 auf 15 Prozent entschlossen?

**Antwort:**

- a) Gemäß § 7 Abs. 2 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern wird das Aufkommen aus der Förderabgabe dem Steueraufkommen der Länder hinzugerechnet. Da das Land Schleswig-Holstein unverändert im Rahmen des bundesstaatlichen Finanzausgleichs zu den Nehmerländern gehört, werden Mehr-, aber auch Mindereinnahmen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs in Höhe von rund 90 v.H. der Mehr-/Mindereinnahmen ausgeglichen. Vgl. auch Antwort der Landesregierung zu den Fragen der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zum Entwurf des Haushaltsplans 2006, Umdruck 16/216 und zum Entwurf des Haushaltsplans 2007/2008, Umdruck 16/1222. Die finanziellen Auswirkungen im Länderfinanzausgleich wiederum werden durch die Verbundautomatik des kommunalen Finanzausgleiches in Höhe des Verbundsatzes von derzeit 17,74 v.H. an die Kommunen der Landes weitergegeben. Genaue Beträge können nicht genannt werden, da diese abhängig sind von der tatsächlichen Finanzkraft des Landes im jeweiligen Abrechnungsjahr.
- b) Schätzungsweise 20 Mio.€ weniger.

**Frage:**

Mautgebühren(S. 16)

Wie hoch sind die jährlichen Mauteinnahmen, für die 180 T Euro als Prüfungskosten der Anträge veranschlagt werden? Warum wird die Prüfung nicht von einem Wirtschaftsprüfer gemacht? Käme das nicht preiswerter?

**Antwort:**

Die Höhe der Mauteinnahmen ist dem MWV nicht bekannt.

Das MWV hat geprüft, ob es eine Möglichkeit gibt, eine Gebühr für die Kosten der Prüfung des Mautantrages beim Antragsteller zu erheben. Im Fernstraßenbauprivatfinanzierungsgesetz ist keine Aussage zu dieser Frage enthalten. Das Referat „Straßenbau, Straßenbautechnik, Kommunaler Straßenbau“ des MWV hat daher im März 2006 mit dem BMVBS, das bislang für die Erarbeitung der Mautverordnungen zuständig war, diese Frage erörtert mit folgendem Ergebnis: Aus Sicht des BMVBS handelt es sich bei dem Erlass einer Mautverordnung um eine gesetzgeberische Tätigkeit. Es kann somit nicht wie z.B. bei der Erarbeitung eines Verwaltungsaktes auf der Grundlage eines Verwaltungskostengesetzes eine Verwaltungsgebühr vom Antragsteller gefordert werden. Seitens des BMVBS sind diese Beraterkosten jeweils getragen worden (sowohl beim Warnowtunnel als auch beim Herrentunnel). Diese Kostenträgerschaft ist auch vom BRH gegenüber dem BMVBS nicht bemängelt worden. Auch das Justitiariat des MWV hält dieses Ergebnis für zutreffend, da die Kosten für eine derartige Prüfgebühr nicht zu den berücksichtigungsfähigen Kosten für die Mautgebühren gemäß Fernstraßenbauprivatfinanzierungsgesetz enthalten sind.

Die Einrichtung eines Einnahmetitels für „Gebühren zum Erlass der Mauthöhenverordnung“ ist somit nicht möglich; die Kosten externer Berater sind vom Land zu tragen.

Zur Prüfung der Mautgebührenanträge sind umfangreiche externe Beratungsleistungen erforderlich. Es geht hierbei nicht alleine um eine Prüfung aus wirtschaftlicher Sicht, sondern es müssen auch rechtliche, verkehrswissenschaftliche und bauliche Belange berücksichtigt werden.

Dies hat auch der erste Mautgebührenantrag für den Herrentunnel Lübeck, der noch vom BMVBS geprüft wurde, gezeigt. Um den rechtzeitigen Erlass einer rechtssicheren Mauthöhenverordnung sicherstellen zu können, hat sich das MWV in ähnlicher Weise externer Beratungshilfe bedienen müssen wie bislang das BMVBS.

**Frage:**

Geschäftsbedarf (S.9)

In der Antwort wird angegeben, dass der Geschäftsbedarf pro Kopf im Bildungsministerium unterdurchschnittlich gewesen ist und darum nach oben korrigiert wurde. In welchen Ministerien ist der Bedarf überdurchschnittlich gewesen? Welche Haushaltstitel könnten um welchen Betrag reduziert werden, wenn die Landesregierung im Rahmen eines Benchmarking die niedrigen Kosten des Bildungsministeriums für alle Häuser übernommen hätte?

**Antwort:**

Das Benchmarking im Bereich der Ausgaben für den Geschäftsbedarf ist einmalig durchgeführt worden. Die Daten sind in die Haushaltsverhandlungen einbezogen worden, überdurchschnittliche Zahlen wurden entweder nachvollziehbar begründet oder mussten korrigiert werden. Mittlerweile entwickeln sich die Haushaltsberatungen mehr und mehr hin zur Verhandlung von globalen Budgets. Wenn die Ressorts die vereinbarten Konsolidierungsbeiträge erbringen, entscheiden sie selbst darüber, welche Ansätze in welcher Höhe angemeldet werden. Falls ein Ressort einen hohen Bedarf beim Geschäftsbedarf sieht, kann es zu Lasten anderer Titel die Mittel entsprechend umschichten. Dieses ist im Epl. 07 der Fall.

**Frage:**

Sozialverträge (Titel 10 02 - 684 03; 684 61)

Wann wird der Abschluss der Sozialverträge in diesen Bereichen beabsichtigt?

**Antwort:**

Die Verhandlungen mit der Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände sind noch nicht abgeschlossen. Es ist beabsichtigt, den Vertrag nach erfolgreichem Abschluss der Verhandlungen zu unterzeichnen, nachdem der Landtag den Haushalt 2007/2008 mit der Ermächtigung des MSGF zum Abschluss eines solchen Vertrages verabschiedet hat. Eine entsprechende Ergänzung des Haushaltsgesetzes 2007/2008 ist über die Nachschiebeliste vorgesehen. Es wird davon ausgegangen, dass die Verhandlungen mit den Verbänden bis zum Jahresende 2006 abgeschlossen werden können.

**Zu b.) MiFriFi**

**Frage:**

S. 17: „Erste Effekte der bisherigen Anstrengungen sind bei den Personalausgaben, die rd. 37% der Nettoausgaben ausmachen, zu erkennen. Sie beruhen auf dem von der Landesregierung 2005 beschlossenen Personaleinsparkonzept, der Arbeitszeitverlängerung für

Beamte und der Kürzung der Sonderzahlungen ab 2007.“ Frage: Es werden drei Einsparbereiche angeführt: 1.) Personaleinsparkonzept, 2.) Arbeitszeitverlängerung und 3.) Kürzungen der Sonderzahlungen: Welche „ersten Effekte“ sind für die Bereiche 1) – 3) jeweils „zu erkennen“? (Bitte für 2005 und 2006 darstellen.)

**Antwort:**

Angaben für 2005 sind nicht möglich, da die Maßnahmen erst ab 2006 (Personaleinsparkonzept) bzw. 2007 (Kürzungen der Sonderzahlungen) umgesetzt werden und wirken. Bei der Arbeitszeitverlängerung im Beamtenbereich hat die Landesregierung. Die Einsparbeträge 2006 wurden in Umdruck 16/1214 dargestellt (Personaleinsparkonzept: rd. 1,7 Mio. €); Einsparung ab 2007 vorgesehen.

**Frage:**

Seite 21 : Der Absatz zu 1.4. "Gesamtwirtschaftliche Reformen" endet mit dem Satz: "Die Landesregierung wird entsprechende Initiativen im Bundesrat ebenso unterstützen wie selbst ergreifen". Frage: Welche Initiativen plant die Landesregierung und welche Bundesratsinitiativen der Landesregierung waren bislang in diesem Zusammenhang erfolgreich? Wie hoch schätzt die Landesregierung die daraus entstandenen Steuermehreinnahmen und die Einsparungen im Bereich der Sozialausgaben ein?

**Antwort:**

Eine entsprechende Abfrage in den Ressorts hat ergeben, dass nur das Wirtschaftsministerium eine eigene Initiative plant zur „Umstellung des BAföG auf Vollkredit“. Eine zweite Initiative, nämlich zur Zuständigkeitsübertragung für die Mautfestsetzung nach dem Fernstraßenprivatisierungsgesetz, wird noch geprüft, ist noch nicht eingebracht. Die erste Initiative „BAföG“ wird zurzeit nicht weiterverfolgt. Mögliche Einsparungen sind nicht abzusehen.

**Frage:**

S. 21: "Im Anschluss an die Aufgabenanalyse und Aufgabenkritik der Phase 1, die ab dem 1.7.05 durchgeführt wurde und die seit Februar 2006 umgesetzt wird, wurde am 18.4.06 die Aufgabenkritik in den Kernbereichen Justiz, Bildung, Polizei und Steuerverwaltung eingeleitet". Frage: Wann werden erste Ergebnisse für die Kernbereiche vorliegen?

**Antwort:**

Das Kabinett hat im April 2006 den Start der Aufgabenkritik in den Kernbereichen beschlossen. Zur Zeit werden erste Zwischenergebnisse durch das Finanzministerium geprüft. Mit dem Abschluss der Aufgabenkritik in den Kernbereichen ist noch in 2006 zu rechnen

**Frage:**

S. 22: Zu den Ergebnissen der Aufgabenkritik Phase 1 heißt es: „Hierdurch werden kurzfristig Haushaltentlastungen erzielt.“ Frage: In welcher Höhe und in welchen Einzelplänen werden diese Entlastungen bezogen auf welche Haushaltsjahre wirksam?

**Antwort:**

Die Entlastungseffekte aus der ersten Phase der Aufgabenkritik werden sukzessive in die Haushaltspläne aller betroffener Ressorts eingearbeitet; eine besondere Kennzeichnung erfolgt nicht. Das mögliche Entlastungspotential lässt sich dem Abschlussbericht der Projektgruppe Verwaltungsmodernisierung und Entbürokratisierung – bezogen auf die Ressorts entnehmen-. Beispielsweise sind aufgabenkritische Vorschläge umgesetzt worden,

die der Erreichung der Ziele des Personalkosteneinsparkonzepts dienen und damit in die Personalbudgets einfließen. Weiterhin wird u.a. auf das erste Verwaltungsmodernisierungsgesetz verwiesen welches der Landtag in der 41. KW in erster Lesung beraten hat.

**Frage:**

S. 25: Für die Punkte 3.1.3 und 3.1.4 (Zukunftsprogramm ländlicher Raum und Fischerei) wurden – abweichend von den anderen beiden Bestandteile des Zukunftsprogramms Schleswig-Holstein keine Angaben über das von der EU bereitgestellte Budget gemacht. Frage: Wie hoch ist das jeweilige Budget und wie entwickelt es sich im Vergleich zur bisherigen Förderperiode?

**Antwort:**

a) Zukunftsprogramm ländlicher Raum (vergl. Antwort auf die Kleine Anfrage 16/1034) Für die Förderperiode 2000-2006 (EAGFL) standen für die 2. Säule 236 Mio. € zur Verfügung. Für die kommende Förderperiode 2007-2013 (ELER) stehen voraussichtlich 239 Mio. € zur Verfügung.

b) Zukunftsprogramm Fischerei

Für die Förderperiode 2000-2006 (FIAF) standen 26,35 Mio. € zur Verfügung. Für die kommende Förderperiode 2007-2013 (EEF) stehen voraussichtlich 15,84 Mio. € zur Verfügung.

**Frage:**

S. 26: Schleswig-Holstein-Fonds: Für welche Aufgaben sollen die zusätzlichen Mittel für die Kommunen in SH in Höhe von 40,5 Mio. EUR bereitgestellt werden? Wird es hierzu eine Richtlinie bzw. eine Leitlinie geben? Ab wann können die Kommunen für welche Aufgaben Mittel beantragen? Wie wird die Verteilung erfolgen: nach dem Regionalprinzip, nach dem Windhundverfahren oder nach anderen vom Land festgelegten Kriterien?

**Antwort:**

Die zusätzlichen Mittel für die Kommunen verteilen sich auf folgende Maßnahmen :

Ressort	Maßnahme
MWV	Maßnahmen zur kommunalen Entwicklung
IM	Städtebauförderungsprogramm Stadtumbau West
IM	Landesprogramm Städtebauförderung 2006-2009
MBF	PPP-Projekt RBZ Kiel
IM / MLUR	Förderung der Neugestaltung einer öffentlichen Grünfläche (Königswiesen) mit integrierten sportlichen und kulturellen Nutzungen als zentrale Fläche für die Landesgartenschau
MBF	Investitionen für Ganztagschulen
MLUR	Kommunaler Wegebau
MLUR	Unterstützung der Kommunen bei Lärmkartierung/aktionsplänen
MWV	Kommunaler Straßenbau
MWV	Aufstockung kommunaler Projekte durch EFRE-Mittel

Die Durchführung der Maßnahmen erfolgt durch die Ressorts und ihre fachlich zuständigen Referate. Diese ergreifen die für die zügige Umsetzung notwendigen Maßnahmen. Soweit

Richtlinien erforderlich sind und derzeit noch nicht bestehen, sind die Ressorts aufgefordert, die notwendigen Voraussetzung zu schaffen.

**Frage:**

S. 33: Im Bereich der Schule wird der zusätzliche Bedarf an Lehrkräften dargestellt und die Schaffung von 700 neuen Stellen für Lehrerinnen und Lehrer in Aussicht gestellt. Gleichzeitig wird auf den sinkenden Lehrkräftebedarf insbesondere infolge der demographischen Entwicklung ab dem Schuljahr 2010/2011 hingewiesen. Frage: Gibt es langfristige Konzepte, wie diesen beiden gegenläufigen Trends im Schulbereich Rechnung getragen werden kann und wenn ja, wie sehen diese aus?

**Antwort:**

Im Ausgabenvolumen der mittelfristigen Finanzplanung sind sowohl die Notwendigkeiten der Versorgung und Entwicklung von Unterricht und Schule als auch die Konsequenzen der demographischen Entwicklung berücksichtigt.

Die für die laufende Legislaturperiode eingeplante Deckung von rd. 1.200 Stellen reflektiert auf die Einführung bzw. Ausweitung verschiedener Projekte / Maßnahmen zur Unterrichts- und Schulentwicklung sowie dem Einmaleffekt aus dem Auslaufen und der Rückzahlung der Vorgriffstunden. Außerdem ist die demographische Entwicklung berücksichtigt worden.

Zur Deckung der rd. 1.200 Stellen werden 700 neu geschaffen, davon 225 im Doppelhaushalt 2007/08 und 475 im Haushalt 2009/10. Die Erhöhung der Pflichtstundenzahl erbringt weitere rd. 300 Stellen und die Maßnahmen zur effizienteren Schulorganisation rd. 200 Stellen. Einem ab dem Schuljahr 2010/2011 sinkenden Lehrkräftebedarf kann durch Nichtwiederbesetzung freiwerdender Stellen gegebenenfalls Rechnung getragen werden.

**Frage:**

S. 44: Sind in der Berechnung der Personalkostenquote die Tarifsteigerungen (EP 11) enthalten?

**Antwort:**

Ja, zum großen Teil.

**Frage:**

S.68: Unter den „Sonstigen Schwerpunkten“ findet man als Unterkapitel 8 den Asyl- und Ausländerbereich, ein Aufgabenfeld, das derzeit im nationalen und internationalen Fokus steht. In allen anderen Bereichen des Finanzplanes hat man sich die Mühe gemacht, zumindest im Groben einzelne Bestandteile des Aufgabenbereiches und ggfs. die entsprechenden Finanzvolumina und deren Entwicklung darzustellen. Dieser Bereich wird mit einem pauschalen Satz abgehandelt. Wir bitten, um eine grobe Aufstellung der einzelnen Ausgaben für diesen Bereich. Zusatzfrage: Kann man aus der knappen Behandlung auf die Wichtigkeit, die diesem Bereich durch die Landesregierung zugemessen wird, rückschließen?

**Antwort:**

Der Stellenwert der Asyl- und Ausländerbereichs zeigt sich nicht nur in der gesamten Migrations- und Integrationspolitik der Landesregierung und ihrer erfolgreichen praktischen Umsetzung, sondern auch am aktuellen Haushaltsvolumen des Kapitels 0407 mit den vier Aufgabenbereichen:

Integration von Migrantinnen und Migranten (MG 02)	10,210 Mio. €
Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten (TG 62)	136,186 Mio. €
Durchführung der Abschiebehaft (TG 63)	2,960 Mio. €
Landesamt für Ausländerangelegenheiten (TG 65)	8,814 Mio. €

Allgemeine Frage:

Die Landesregierung strebt eine Senkung der Nettoneuverschuldung an. Im Jahr 2004 lag die Nettoneuverschuldung bei 788,1 Mio. €. In den Jahren 2002 und 2003 bei 1,1 bzw. 1,2 Mrd. €. Die Landesregierung erwartet nun Mehreinnahmen in Höhe von ca. einer Milliarde Euro für das Jahr 2010 gegenüber 2005.

Wie schätzt die Landesregierung das eigene Ziel ein, die Nettoneuverschuldung auf einen Stand von 850 Mio. € im selben Jahr zu bringen? Wohl wissend, wie sich Pensionslasten und Zinsausgaben tendenziell entwickeln werden: Wäre nicht eine deutlichere Absenkung angesichts dieser Steuermehreinnahmen möglich?

**Antwort:**

Es ist das vorrangige Ziel der Landesregierung, im Zusammenspiel aller politischen Maßnahmen sobald wie möglich einen verfassungskonformen Haushalt aufzustellen und im Vollzug einzuhalten. Die Nettokreditaufnahme soll bis 2010 auf höchstens 850 Millionen Euro halbiert werden. Beeinflusst wird dieses Ziel von der weiteren Entwicklung der Steuereinnahmen und den langfristigen Belastungen zum Beispiel aus den in der Frage erwähnten Pensions- und Zinslasten.

Die Landesregierung hat deshalb Maßnahmen ergriffen, die die Einnahmen verbessern und die Ausgaben begrenzen. Inwieweit darüber hinaus eine weitere Senkung der Neuverschuldung und/oder die Steigerung der Investitionen zur Senkung der Nettoneuverschuldung und zur Herstellung eines verfassungskonformen Haushaltes möglich ist, hängt wesentlich von den tatsächlich sich entwickelnden konjunkturellen Rahmenbedingungen ab.

Nachfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu Umdruck 16/1214

Epl.	Verzicht auf Wiederbesetzung frei gewordener Stellen seit Antritt der neuen Regierung (Stellenanzahl)		Anzahl neu geschaffener Stellen seit Antritt der neuen Regierung		Saldo (neu geschaffene Stellen abzügl. Verzicht auf Wieder- besetzung freier Stellen)	
	2005	2006	2005	2006	2005	2006
03	0	0	3	0	3	0
04/ohne Polizei	9	51	11	15	2	-36
04/Polizei	71	30	50	74	-21	44
05	165	129	4	154	-161	25
06	1	5	2	0	1	-5
07	3	2	0	0	-3	-2
09	0	3	4	0	4	-3
10	0	0	31	6	31	6
13	0	27	0	0	0	-27
Summe	249	247	105	249	-144	2

Erläuterungen zu den Einzelplänen:

Epl.05:

\* Stichtagsauswertung jeweils auf den 01.10. des Jahres

\*\* Von den Stellen entfallen:

71 dauerhaft zur Verbesserung der Personalausstattung der Steuerverwaltung,  
14 Stellen vorübergehend im Zusammenhang mit dem Projekt ZF mit kw-Vermerk und  
69 Stellen für die Übernahme geprüfter Nachwuchskräfte mit kw-Vermerk.  
Die kw-Vermerke sind überwiegend bereits realisiert.

Der Vergleich zwischen den frei gewordenen und neu geschaffenen Stellen hat keine Aussagekraft,  
da es sich bei den freigewordenen Stellen nur um eine vorübergehende (monatliche) Nichtbesetzung handelt.  
Gleiches gilt für die neuen Stellen zur Übernahme der geprüften Nachwuchskräfte.  
Diese werden überwiegend auch für kurze Zeiträume in Anspruch genommen.

Epl.06:	Bei der Anzahl der neu geschaffenen Stellen sind kw-Stellen für Nachwuchskräfte nicht berücksichtigt worden.
Epl.09:	<p>Im Zuge der Regierungsumbildung erhielt das MJAE im Bereich des Ministeriums (Kapitel 0901) 4 neue Stellen, jeweils mit kw-Vermerk. Im Jahr 2006 sind 2 dieser Stellen durch Realisierung der kw-Vermerke wieder weggefallen.</p> <p>Das Personalkosten einsparungskonzept sieht für das MJAE im Jahr 2006 eine Einsparung i.H. von 30,5 T € vor. Im Rahmen der Umsetzung dieser Einsparvorgabe wurde 1 Stelle A 6 e.D. in 2006 nicht wieder besetzt und für den Personalhaushalt 2007 ein Stellenantrag zum Wegfall dieser Planstelle gestellt.</p>
Epl.10:	<p>bei den neuen Stellen handelt es sich überwiegend um Planstellen mit kw-Vermerk für die im Rahmen der Privatisierung der Fachkliniken auf das MSGF übergegangenen Beamtinnen und Beamte, sowie um kw-Stellen zur Übernahme ausgebildeter Nachwuchskräfte. Im Haushaltsentwurf 2007/2008 werden insgesamt 15 Planstellen und Stellen eingespart.</p>
Epl.13:	*) Weitere Stelleneinsparungen durch Verzicht auf Wiederbesetzung werden in den nächsten Haushaltsjahren realisiert.

## Modellprojekte in den Bereichen Arbeit, Schule, Jugendhilfe, Familie, Gesundheit, Soziales, Pfllege

Ergänzende Frage Nr. a.) 3 der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN (Ursprungsfrage Nr. 18 der FDP-Fraktion)

### Einzelplan 09, Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa

Träger überregionaler Fortbildung, Beratung, Durchführung von Modellprojekten in o. g. Bereichen	Art des Angebots	Titel	Haushaltsmittel (T€)		Bemerkungen
			2006 Haushalt	2007 Entwurf	
<b>I. Finanzierung mit Landesmitteln</b>					
Unternehmensverband Untereibe-Westküste e. V.	Arbeitsmarktpolitisches Modellprojekt Titel: "Grenzüberschreitender Arbeitsmarkt (GRAMARK)" Laufzeit: 01.01.2006-31.12.2006	0910-683 09 MG 03	169,0		ausschließlich Landesmittel
<b>II. Finanzierung nur mit ESF-Mitteln</b>					
Frauenetzwerk zur Arbeitssituation e.V.	Arbeitsmarktpolitisches Modellprojekt Titel: "Gründung von Sozialgenossenschaften" Laufzeit: 01.10.2005-31.12.2007	Kapitel 0910 MG 02			ausschließlich ESF-Mittel, ESF- Anteil 188,9 T€
Gesellschaft für Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik Institut der Schleswig- Holsteinischen Unternehmensverbände e.V.	Arbeitsmarktpolitisches Modellprojekt Titel: "Arbeits- und Ausbildungsfabrik und Ausbildungslotse" Laufzeit: 01.01.2006-31.12.2007	Kapitel 0910 MG 02			ausschließlich ESF-Mittel, ESF- Anteil 1.352,6 T€
Berlitz Deutschland GmbH	Arbeitsmarktpolitisches Modellprojekt Titel: "Jobfinder Norwegen, Schweden und Dänemark" Laufzeit: 01.04.2006-30.09.2006	Kapitel 0910 MG 02			ausschließlich ESF-Mittel, ESF- Anteil 126,2 T€
Neue Arbeit Nord GmbH	Arbeitsmarktpolitisches Modellprojekt Titel: "Dienstleistung 100+" Laufzeit: 01.04.2006-31.12.2007	Kapitel 0910 MG 02			ausschließlich ESF-Mittel, ESF- Anteil 1.784,5 T€
Verein zur Förderung grenzüberschreitender Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik e.V.	Arbeitsmarktpolitisches Modellprojekt Titel: "Perspektiven sehen - Berufschancen für junge Menschen im Norden" Laufzeit: 10.04.2006-31.12.2007	Kapitel 0910 MG 02			ausschließlich ESF-Mittel, ESF- Anteil 937,5 T€
Studien- und Fördergesellschaft der Schleswig-Holsteinischen Wirtschaft e.V.	Arbeitsmarktpolitisches Modellprojekt Titel: "Agentur Schule-Wirtschaft" Laufzeit: 01.06.2006-31.12.2007	Kapitel 0910 MG 02			ausschließlich ESF-Mittel, ESF- Anteil 202,1 T€

Träger überregionaler Fortbildung, Beratung, Durchführung von Modellprojekten in o. g. Bereichen	Art des Angebots	Titel	Haushaltsmittel (T€)			Bemerkungen
			2006 Haushalt	2007 Entwurf	2008 Entwurf	
Türkische Gemeinde Schleswig-Holstein e.V.	Arbeitsmarktpolitisches Modellprojekt Titel: "Ausbildungsnetzwerk für Migrantinnen und Migranten in Schleswig-Holstein" Laufzeit: 15.06.2006-31.12.2007	Kapitel 0910 MG 02				ausschließlich ESF-Mittel, ESF- Anteil 378,3 T€
Handwerkskammer Lübeck Handwerkskammer Flensburg	Arbeitsmarktpolitisches Modellprojekt Titel: "Akquisition von zusätzlichen Teilzeitausbildungsplätzen" Laufzeit: 01.07.2006-31.12.2007	Kapitel 0910 MG 02				ausschließlich ESF-Mittel, ESF- Anteil 358,3 T€
Handwerkskammer Lübeck, Gesellschaft zur Förderung von Bildung und Wirtschaftswissenschaften Kiel mbH, Gesellschaft zur Förderung von Industrie, Handel und Gewerbe in Schleswig-Holstein mbH	Arbeitsmarktpolitisches Modellprojekt Titel: "Landespartnerschaft Schule-Wirtschaft in Schleswig-Holstein" Laufzeit: 01.08.2006-31.12.2007	Kapitel 0910 MG 02				ausschließlich ESF-Mittel, ESF- Anteil 196,8 T€
BZEE Consult (Bildungszentrum für erneuerbare Energien)	Arbeitsmarktpolitisches Modellprojekt Titel: "Verbundausbildung Mechatroniker mit Zusatzqualifikation Windenergie" Laufzeit: 14.08.2006-31.12.2007	Kapitel 0910 MG 02				ausschließlich ESF-Mittel, ESF- Anteil 186,3 T€
Kreishandwerkerschaft Schleswig	Arbeitsmarktpolitisches Modellprojekt Titel: "Grenzenlose Berufsausbildung" Laufzeit: 01.09.2006-31.12.2007	Kapitel 0910 MG 02				ausschließlich ESF-Mittel, ESF-Anteil 144,9 T€

**Einzelplan: 10 (MSGF)**

Träger überregionaler Fortbildung, Beratung, Durchführung von Modellprojekten in o. g. Bereichen	Art des Angebots	Titel	Haushaltsmittel (T€)			Bemerkungen
			2006 Haushalt	2007 Entwurf	2008 Entwurf	
Arzttekammer Schleswig-Holstein	Modellprojekt zur Prävention koronarer Herzkrankungen	1002 - 526 68 (TG 68)	90,0	90,0	90,0	Projektbeginn 01.09.2004; Laufzeit 10 Jahre
CAU, Kreise und kreisfreie Städte	Modellprojekt Trägerunabhängige Beratungsstellen in Schleswig-Holstein mit wissenschaftlicher Begleitung	1004 - 633 01 u. 683 02 (MG 01)	870,0	0,0	0,0	

Träger überregionaler Fortbildung, Beratung, Durchführung von Modellprojekten in o. g. Bereichen	Art des Angebots	Titel	Haushaltsmittel (T€)			Bemerkungen
			2006 Haushalt	2007 Entwurf	2008 Entwurf	
AWO	Fortbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Beratungsstellen	1004 - 684 02 (MG 01)	4,8	0,0	0,0	
DW	Seniorenbegleiter	1004 - 684 02 (MG 01)	116,3	106,6	0,0	
Pflegemanagement Dithmarschen GmbH (BPA, DRK, Diakonie)	Modellprojekt zur Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen und zur Erprobung neuer Versorgungskonzepte für demenzkranke Pflegerbedürftige nach der Landesverordnung zur Durchführung des Pflegeleistungs- Ergänzungsgesetzes	1004 - 684 02 (MG 01)	10,0	4,6	0,0	
Alzheimer Gesellschaft, Landesverband Schleswig-Holstein	Landesagentur Demenz für niedrigschwellige Betreuungsangebote nach der Landesverordnung zur Durchführung des Pflegeleistungs- Ergänzungsgesetzes	1004 - 684 02 (MG 01)	60,0	60,0	53,6	
Institut für konstruktive Konfliktaustragung und Mediation e.V., Hamburg	KJAP-Leitprojekt "mitWirkung! Schleswig-Holstein" - Entwicklung kommunaler Partizipationsstrukturen in den Modellkommunen Flensburg, Lütjenburg und Elmshorn in Kooperation mit der Bertelsmann-Stiftung	1012 - 634 01 (MG 03)	25,0	86,0	65,0	
Diakonisches Werk, DPWW	Wellcome - praktische Hilfe für Familien nach der Geburt	1012 - 684 14 (MG 06)	100,0	50,0	0,0	2007 Abschluss des Modellprojekts